

Über "standhafte Aufgeschlossenheit" und andere zivile Tugenden;
sowie die bescheidene Rolle der sozialwissenschaftlichen Intelligenz bei der
Förderung derselben

Die Öffentlichkeit politisieren

RM: Claus Offe, Sie haben 1968 zu den älteren Mitgliedern des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes gehört. Nach einem Urteil von J. Habermas hat diese längere Mitgliedschaft im SDS Sie davor bewahrt, in einen "blinden Aktionismus" à la R. Dutschky und H.-J. Krahl zu verfallen.

Hat J. Habermas mit seiner Einschätzung hier recht? Gab es damals bereits diese Anbindung an einen 'sozialdemokratischen Reformismus'? Ich erinnere daran, daß Sie seinerzeit Habermas vorgeworfen haben, mit seinen Argumenten (Linksfaschismus, Psychologisierung und Pathologisierung der Bewegung) die oppositionelle Mobilisierung abgewürgt zu haben?

CO: Hier ist gleich etwas richtigzustellen. Das Zitat, das Sie als Habermas-Zitat anführen, ist mir zumindest nicht bekannt: daß mich mein Jahrgang vor Dingen bewahrt hätte, die er dann kritisiert hat. Das mag so sein, das mag nicht so sein. Seit 1961 habe ich mich zwei Jahre lang mit einer Reihe von anderen in einem damals recht kleinen Zirkel von sozialistischen Studenten (knapp 2000 Mitglieder im Bundesgebiet) mit dem Zusammenhang von Wissenschaftspolitik und sozialistischer Politik beschäftigt - einer Politik, die damals noch nicht ganz klar in "Reformismus" und "Nicht-Reformismus" zerfallen war. Die Reformismuskritik ist erst sehr viel später, nach 1968 im Zuge der von W. Brandt initiierten Reformpolitik wiederaufgenommen worden und macht natürlich Anleihen bei R. Luxemburgs Auseinandersetzung mit Bernstein 1900/1901. Und dort ist es ja so, daß die Entgegensetzung von "Reform" und "Revolution" eine ist, die von der Linken in der Vorkriegs-SPD eindeutig abgelehnt worden ist. Nur ein abwegiges Verständnis dieses Titels führt ja zu der Auffassung, daß sich R. Luxemburg für Revolution und damit gegen Reform ausgesprochen habe. Während die Wahrheit unzweideutig - wenn man den Text zur Kenntnis nimmt - die ist, daß sie sich genau gegen die "reformistische" Behauptung einer solchen Antinomie zwischen beidem ausgesprochen hat.

Beide Prozesse sind eng miteinander verknüpft und müssen, so ihr zwingendes und heute noch lesenswertes Argument, kreisförmig in eine Verbindung gebracht werden. So ergibt sich der scheinbar paradoxe Fall einer nicht bloß reformistischen Reform, bei der der Reformprozeß selbst einen revolutionären Prozeß befördert und hervorbringt. Im frühen SDS war das allgemeines Gedankengut. Die von Ossip K. Flechtheim seinerzeit herausgegebenen Schriften von R. Luxemburg waren weit verbreitet. Uns ging es um ein solches Verständnis, um Wissenschaftsfreiheit, um Politik an der Universität, um Vereinigungsfreiheit, um Medienfreiheit - natürlich auch sehr stark beeinflusst von dem ganz wichtigen Beitrag der Frankfurter Philosophen und Soziologen.

Der Beitrag der "Kritischen Theorie" der 50er und 60er Jahre hat darin bestanden - Traditionen fortsetzend, die in den USA angeknüpft worden sind - , daß sie die vom Paläo-Marxismus so genannten "Überbauinstitutionen" (Familie, Erziehungswesen, Medien, Kunst, Literatur usw.) zum Gegenstand einer materialistischen Analyse gemacht hat. Daran

anknüpfend haben wir - wie es sich dann niedergeschlagen hat in der Hochschuldenkschrift des SDS - die organisierte Wissenschaft, Forschung und Lehre und die universitären Sozialisationsprozesse sowie die akademische Klasse und die Intellektuellen als Gegenstand politisch motivierter Untersuchungen entdeckt. In dieser Eigenschaft habe ich eine gewisse Rolle im SDS bis 1966, also noch vor dem Vietnam-Konflikt und vor der Hochschulrevolte, gespielt. 1968/69 habe ich mit mehr oder minder großer Distanz, auch mit einer gewissen Randständigkeit, eher die Rolle eines Diskussionspartners und "punching ball" eingenommen.

Der Vortrag von J. Habermas, den er nach dem 2. Juni gehalten hat - Stichwort "Linksfaschismus", inzwischen durch Richtigstellung und Interpretation ad acta gelegt -, wie auch der wichtige Aufsatz "Die Scheinrevolution entläßt ihre Kinder", den er mehrfach wieder veröffentlicht hat, erschienen mir zu dieser Zeit als Ausdruck eines zu weit gehenden Vertrauens in die selbsttragende Kraft der Institutionen der liberalen Demokratie, d.h. des demokratischen, insbesondere auch des sozialen Rechtsstaats. Wir haben uns damals das Bild gemacht - und das war und ist auch sicher nicht ganz falsch - , daß gerade wegen des in der staatsrechtlichen Diskussion breit erörterten Spannungsverhältnisses zwischen Sozialstaat und Rechtsstaat die wohlfahrtsstaatliche Komponente immer der aktiven politischen Absicherung bedarf. Diese Interpretation geht natürlich auf Wolfgang Abendroth zurück und die Position, die er im Streit mit Forsthoff seinerzeit eingenommen hatte. Schon damals haben wir wahrgenommen, was sich bestätigt hat und was damals eine Einschätzungsdifferenz zwischen Habermas und SDS-Intellektuellen dieser Generation war, daß der Sozialstaat nicht ebenso für ein gesichertes Element des politisch-institutionellen Bestandes gelten konnte wie das für den Rechtsstaat vielleicht mit besseren Argumenten behauptet werden kann. Verteilungskonflikte, Konflikte um soziale Sicherheit, soziale Bürgerrechte oder was im Englischen "social citizenship" genannt wird - solche Konflikte sind nicht auf Verfassungsebene ein für allemal zu klären, sondern bedürfen immer wieder einer organisatorisch, politisch und philosophisch neuen Begründung und Verteidigung. Das hat Habermas nicht so sehr stark interessiert, und die Gründe dafür sind durchaus respektwürdig. Seine Perspektive war einfach eine andere. Aber das waren die Dinge, die uns vielleicht trennten.

Die kapitalistische Demokratie für einen etablierten, krisenimmunen und gesicherten Prozeß zu halten, war eine Auffassung, die mir damals schon riskant vorkam. Deshalb auch die ganzen Diskussionen um "politische" vs. "ökonomische" Krisentheorie in der Starnberger Zeit, die sich letztlich immer um die gleiche Polarität drehten.

Während der Starnberger Zeit habe ich mich da von Habermas überzeugen lassen und sehr viel davon gelernt, daß die zentralen und dynamischen Krisenfaktoren doch wohl eher auf dem Gebiet der Legitimation und nicht auf dem Gebiet der Ökonomie liegen - so die im klassischen Marxismus modellierten ökonomischen Thesen. Bei der wechselseitigen Polemik, die Habermas mit einer Reihe von SDS-Protagonisten hatte, habe ich ziemlich abseits gestanden und habe eher seine Position gegenüber Krahl, aber auch gegenüber Dutschke geteilt.

RM: Für Habermas bestand das eigentliche Ziel der Bewegung in der "Politisierung der Öffentlichkeit". Sie dagegen haben damals diese Vorgehensweise nicht zum Ziel, sondern zum unverzichtbaren und strategisch aussichtsreichsten Mittel revolutionärer Politik erklärt.

Wie würden Sie 25 Jahre später die Möglichkeiten und Chancen einer Aktivierung und Herstellung politischer Öffentlichkeiten bewerten? Kann diese Öffentlichkeit, so wie sie sich

vor allem in den letzten Jahren unter dem Druck elektronischer Medien vervielfältigt und ausgeweitet hat, noch die Rolle des "Störfaktors" einnehmen?

CO: Ohne jede Frage. Alles, was wir heute an politischen Innovationen, an Aufregungen, an ungeklärten Streitfragen oder auch an subversiven Hinweisen darauf haben, daß der Kaiser gar keine Kleider an hat, geht von den Kernen einer an bestimmten institutionellen Orten verankerten Öffentlichkeit aus. Vielleicht kann man sagen: Zur Öffentlichkeit gehören erstens alle diejenigen, die sich mit politischen Fragen beschäftigen und darüber kommunizieren, und zwar mit dem Ziel nicht nur des bloßen Beobachtens, sondern mit dem der Normbildung, Überzeugungsarbeit, der Mobilisierung und der Offenlegung von Irrtümern und Ideologien; also alle diejenigen, die das tun, die aber zweitens nicht in der Position sind, sich um Amt, Mandat und die sogenannte Regierungsverantwortung zu bemühen oder bemühen zu müssen. D.h. Gewerkschaften, Kirchen, Bürgerinitiativen, neue soziale Bewegungen, Evangelische Akademien, Universitäten, auch die eine oder andere Talk-Show - alles das sind Agenturen der Thematisierung von ungeklärten, moralisch und politisch relevanten Sachverhalten, die geklärt werden müssen, wenn nicht das beschämende und beunruhigende Gefühl einer Verwahrlosung öffentlicher Angelegenheiten entstehen soll. Nehmen Sie nur die Probleme im Zusammenhang mit den Einigungsfolgen, insbesondere auch die Folgen der neuen wohlstandschauvinistischen Aggressionshandlungen in Rostock und anderswo. Hier könnten Medien eine Rolle spielen, die sie nicht immer, aber oft sehr wohl wahrnehmen; nämlich die Rolle, Dinge zum Thema zu machen, damit ihre Erörterungsbedürftigkeit eingeklagt werden kann.

RM: Ist die Vitalisierung autonomer Öffentlichkeiten wirklich noch unser Problem? Gibt es nicht schon viel zu viel Öffentlichkeit mit viel zu viel Information? Wirkt daher eine solche Strategie, die auf mehr Demokratisierung und noch mehr Transparenz setzt, nicht kontraproduktiv?

CO: Diese postmoderne Auffassung, daß heute eher zuviel kommuniziert würde, kann ich nicht teilen. Eigentlich haben wir eine recht gute Übung in dieser Thematisierungsarbeit und den dazugehörigen normbildenden Diskursen, eine Übung, die freilich bei der Bevölkerung der sogenannten neuen Bundesländern wohl noch weithin fehlt. Diese Praxis der öffentlichen Kommunikation unterscheidet sich von zwei anderen Praktiken, deren Kontrastierung vielleicht hilfreich zur Definition ist: Auf der einen Seite denke ich an reine Machtgewinnungsstrategien, der strategische Umgang mit Themen, wie wir ihn gegenwärtig in der SPD erleben im Zusammenhang mit Art. 16 ; und auf der anderen Seite der bloß greinend expressive, gesinnungsethische oder fundamentalistische Umgang mit Themen, bei denen der Sprecher immer schon weiß, was richtig ist und eigentlich durch sein Sprechen das Gespräch abschneidet. Einen Mittelweg sehe ich in Richtung einer "standhaften Aufgeschlossenheit" - einer Bürgertugend, von der die Angelsachsen sicher noch mehr haben, aber wir stehen da gar nicht so schlecht da; das könnte eine Konkretisierung dessen sein, was mit Öffentlichkeit und ihrer kritischen Funktion gemeint ist.

RM: Wenn Sie in den Kommunikationskanälen weniger ein Zuviel an Information entdecken, dafür aber mehr die Tendenz politischer Verfahrensweisen kritisieren, Informationsströme auszufiltern oder gar versickern zu lassen, die sich gegen oppositionelle Machtverhältnisse richten; oder wenn Sie sogar die Praxis politischer Machtcliquen brandmarken, politische Kommunikationsnetze so umzubauen, daß sie den Empfänger nicht mehr erreichen, müßte eine solche Strategie, die auf eine "Politisierung der Öffentlichkeit" setzt, nicht auch angeben können, wie sie das 'weiße Rauschen' der Medienkanäle überwinden und die Aufmerksamkeit beim Publikum gewinnen will? Die mediatisierte Öffentlichkeit hat heute doch eine

Eigendynamik entwickelt, die das Ankommen wichtiger Botschaften eher unwahrscheinlich als wahrscheinlich macht.

CO: Ich kenne diese Vorstellung, teile sie aber nicht. Einige simple moralische Fragen mögen veranschaulichen, was ich meine. Was sollte die Gesamtheit der westdeutschen Lohnempfänger, Zahler von Preisen, Zinsen und Steuern veranlassen, viele Hunderte, wahrscheinlich sogar in der Größenordnung von 3000 Milliarden DM bis Ende der 90er Jahre in die ehemalige DDR zu transferieren? Welche Bedingungen der Gerechtigkeit müssen eingehalten werden, damit dieses Ansinnen einigermaßen plausibel und nachvollziehbar bleibt? Wer muß zuerst zahlen? Worauf könnte verzichtet werden? Worauf wollen wir nicht verzichten? - Solche Fragen stehen in jeder Zeitung und sind nicht wie weißes Rauschen zufällig hier und dort verteilt. Diese zentrale Frage der Republik kann noch so viel Rauschen nicht übertönen. Dazu muß verteilungspolitisch und unter schwierigen Gesichtspunkten Stellung bezogen werden. Natürlich kann jeder sagen, was gehen mich die anderen an. Wir haben diese Misere weder verursacht, wir haben noch nicht mal verursacht, daß das aufhört, was die da drüben hatten. Es ist passiert und die "Ossies" müssen jetzt halt irgendwie zurechtkommen. Eng damit zusammen hängt auch die Frage, wer sonst noch (z.B. Asylbewerber, Armuts- und Bürgerkriegsflüchtlinge) Anspruch auf Hilfe oder Gewährung minimaler Rechte hat? Und wie verhalten sich diese beiden Kategorien von Anspruchsstellern zueinander? Und wenn es um Asylanten geht? Sollten wir das Geld nicht lieber gleich nach Bangladesch schicken, wo es wohl noch mehr Nutzen stiftet als in Eisenhüttenstadt? Es handelt sich hier keineswegs um weißes Rauschen, sondern um eine teils gequälte, teils oberflächlich, teils verzerrte und mit Selbstgerechtigkeit und Gesinnungspflichtigkeit drapierte Verhandlung genau dieser Fragen. Die ganze Republik ist darin involviert. Es gibt keine unendliche Vielzahl von Themen. Im Augenblick sind es die Themen wie: Ost-West; Nord-Süd; Nationalstaat vs. transnationale oder transregionale Verpflichtung und Verbindlichkeit. Immer sind zwei, drei, dieser objektiv wichtigen Fragen in den Medien präsent. Nehmen Sie auch die Frage, ob man es unter pazifistischen oder anderen Gesichtspunkten zulassen kann, daß nah benachbarte Völkerschaften Völkermord aneinander begehen oder ob es nicht vertretbare Mittel gibt, dem abzuwehren? Und wenn es die gibt, sollte man sie anwenden, seien sie militärischer, diplomatischer, politischer oder ökonomischer Art? Wie kann man präventiv dafür sorgen, daß so etwas nicht noch einmal passiert? Diese Fragen bewegen die Öffentlichkeit und spielen bei den genannten Erscheinungsformen von Diskursen, Kommunikationen und Initiativen eine ganz wichtige Rolle.

RM: Während des Golfkrieges gab es den sattsam bekannten Streit zwischen Pazifisten und Bellizisten, ein vielleicht sehr gutes Gegenbeispiel für metastatische Öffentlichkeit. Würden Sie sich denn, wenn Sie jetzt für gezielte Interventionen plädieren, der Gruppe der Bellizisten zuordnen?

CO: Bellizismus oder bellikos heißt kriegslüsternd. Dieses Label würde ich nicht gern auf mir kleben lassen. Aber zum ersten Mal sehen wir konkret Situationen, in denen militärische Gewalt, nach der Überzeugung vieler Leute, der ich zunehmend zuneige, Menschenleben retten kann. Wenn militärische Gewalt eindeutig, ohne weitere Ziele anzustreben und weitere Probleme heraufzubeschwören, eine verheerende Situation wie Völkermord zu beenden in der Lage ist, gibt es keinen Grund, davon prinzipiell Abstand zu nehmen. Diese Schweinereien, die dort passieren, müssen, wenn es irgend geht, in den nächsten Wochen beendet werden. Wenn es keine anderen Mittel gibt, fällt die Beweislast auf diejenigen, für die militärische Mittel von vornherein ausscheidet, wie das an der sozialdemokratischen Basis, sei es aus schlecht durchdachten moralischen, sei es aus plump taktischen Gründen, wohl noch verbreitet der Fall ist.

Können wir unseren normativen Ansprüchen genügen?

RM: Anfang der 70er Jahre haben Sie sich am Max-Planck-Institut in Starnberg mit Fragen der Politischen Soziologie im Spätkapitalismus beschäftigt. Allen liberal-pluralistischen Ansätzen, wie sie in angelsächsischen Begriffen wie "postindustrial" bzw. "postmodern societies" Ausdruck und Umgang fanden, haben Sie seinerzeit eine Absage erteilt und ihnen den spätkapitalistischen Charakter dieser Gesellschaftsformationen entgegengehalten, den es erst noch zu überwinden gelte. Zwanzig Jahre später ist der Begriff des "Spätkapitalismus" aus der Mode gekommen. Stattdessen haben die genannten Bezeichnungen für spätmoderne Gesellschaften die Oberhand gewonnen.

Heißt das auch für Sie, daß die Kennzeichnung "spätkapitalistisch" für fortgeschrittene westliche Gesellschaften aus unserem Wortschatz gestrichen gehört, weil Charakteristika wie Antagonismus, entwicklungslogischer Verlauf und lineare Entwicklung, im theoretischen Diskurs heute verpönt, durch Merkmale wie Differenz, Pluralität, Heteronomie und Kontingenz ersetzt worden sind?

CO: In "Mode" war der Ausdruck nie. Er ist sozusagen in einer Nebenströmung der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und der Politischen Theorie des 20. Jahrhunderts immer mal wieder aufgetaucht und dann wieder untergegangen. W. Sombart hat den Begriff zur Kategorisierung gebraucht. Gemeint war damit kein Systembruch oder der Anbruch von irgend etwas ganz anderem. Gemeint war vielmehr - so haben wir sozusagen begrifflich und empirisch weit über unsere Verhältnisse lebend damals angenommen - , daß die Mittel, mit denen man soziale Prozesse kapitalistischer Gesellschaften ökonomischer, aber auch normativer und administrativer Art unter Kontrolle bringen und den Systemzusammenhalt jeweils regulieren und aufrechterhalten kann - also Mittel sowohl der Sozial- wie der Systemintegration - erschöpft sind: es gibt nichts Neues mehr. Auf diese kühne These hat damals schon jemand geantwortet, daß die politischen Grundsatzprobleme der Zukunft "chemisiert" werden, d.h. man entwickelt geeignete Stoffe, die man dem Trinkwasser beimischt und in der Bevölkerung dadurch Ruhe verschafft, oder, etwas subtiler, neue Drogenkulturen oder dergleichen. Also Konfliktregelung durch Psychopharmaka, durch Betäubung. Natürlich wäre das eine Strategie gewesen, die mit altertümlichen Grundsätzen, wie Menschenwürde und körperlicher Unversehrtheit, nicht vereinbar ist. Wir waren davon überzeugt und vielleicht über die Maßen beeindruckt, daß durch die Mittel der staatlichen Intervention, aber auch der Bildungspolitik und der Arbeitsmarktpolitik, der Außenhandelsregulierung, der Forschungspolitik usw. diese Systeme sich im wesentlichen selbst stabilisieren können, aber keine Reserve mehr für den Fall haben, daß diese Mittel einmal nicht ausreichen.

Diese Fähigkeit zur reflexiven Selbstkonsolidierung und zur Institutionalisierung von Konflikten wird jetzt, nach Beendigung des Kalten Krieges, auf eine ganz neue Probe gestellt. Sein Ende bringt uns eine Fülle neuer Probleme, die er uns zuvor erspart hat: die Probleme des Umgangs mit der in viele nationale Bestandteile zerfallenden Zweiten Welt; die Probleme der Migration und der Ethnizität; die Probleme ethnischer Kriege in unserer Nachbarschaft. Diese Probleme stellen uns vor die Alternative: Entweder gehen wir adäquat darauf ein und wirken an der relativ friktionsfreien ökonomischen, politischen und kulturellen Modernisierung der osteuropäischen Systeme mit. Dafür haben wir aber weder das Geld noch irgendwelche Vorbilder, noch irgendwelche Theorien, noch die verbreitete politische Bereitschaft. Wenn wir diese Systeme aber im wesentlichen sich selber überlassen, dann können die westlichen Systeme - an erster Stelle die Bundesrepublik - ihre Identität, d.h. ihren ökonomischen Status nur bewahren, wenn sie die Schwellen höher mauern und die

moralischen Ansprüche der universalistischen westlichen Wertegemeinschaft fallen lassen. Also, wir stecken wirklich in der Klemme: Entweder wir tun etwas an der Misere oder diese Misere tut etwas an "uns", d.h. der Haltbarkeit der normativen Minimalpostulate des "Westens".

Insofern ist eine ganz neue Konstellation aufgetaucht: Wir müssen nicht bloß einen schon existierenden Kapitalismus sozial feinregulieren, wir müssen auch in unserer Umwelt sozusagen Ableger pflanzen, die mindestens den gleichen normativen und legitimatorischen Ansprüchen genügen. Gelingt uns das nicht, leben wir in einer total anderen Umwelt, gegen die sich abzukapseln oder gegen die sich zu wehren an die moralische Substanz der uns bekannten Bundesrepublik gehen würde. Diese neue Situation erzeugt heute erkennbar große Turbulenzen. Ein Paradox, um das voranzunehmen, ist ja das, daß im Jahr 1990 durch die Wahl des Art. 23 als Modus der Einigung bewußt darauf verzichtet wurde, den deutschen Einigungsprozeß mit einer förmlichen Verfassungsgebung zu verbinden, weil man geglaubt hat, daß diese Verfassung sich so gut bewährt und etabliert hat, die Bevölkerung sich so daran gewöhnt hat, daß jetzt lieber nicht daran gerührt werden sollte. Tatsache ist, daß 1992 das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in einer Weise unter Beschuß geraten ist und unter einem Revisionsdruck steht, der in keinem vorherigen Augenblick unseres Verfassungslebens eine Parallele hat. Der Ansturm nicht nur der Einigungsprobleme, auch anderer internationaler Probleme führt dazu, daß die staatsrechtlichen und politischen Ordnungsprinzipien der Bundesrepublik Deutschland ziemlich fundamental umstritten und fragwürdig geworden sind. Die Innenwirkungen der Außenveränderungen haben eine unabsehbare Größenordnung angenommen, und darauf einzugehen ist in der Tat etwas, wofür wir die normativen und institutionellen Reserven nicht haben, sondern erst ad hoc entwickeln müssen, wenn wir sie entwickeln können.

Man spricht heute gern von einem "Epochenbruch" oder einem "challenge". Es wird etwas gefordert, was weit oberhalb jener Abhilfen des Wachstums und des Sozialstaates liegt, mit denen wir bisher ausgekommen sind. Ob westliche Gesellschaften die strategischen Kapazitäten dazu entwickeln und sie auch politisch durchsetzen können, ist gegenwärtig eine offene Frage.

RM: Eine wichtige Aufgabe der in Starnberg versammelten kritischen Intelligenz war es u. a. auch, Überlegungen anzustellen, wie ein interventionistischer Staat durch selbstkorrigierende Maßnahmen den Kapitalismus an seinen selbstnegatorischen Tendenzen hindern könnte. Anstatt aber die Grenzen des Systems in Zweifel zu ziehen und sich Überlegungen zu machen, wie das System produktiv ausgehebelt werden konnte, widmete man sich meinem Eindruck nach Problemstellungen, wie durch das weitere Ausschöpfen von Möglichkeiten, die das System bot, seine Grenzen selbstadaptiv hinausgeschoben werden konnten.

CO: Das ist wieder eine maliziöse Unterstellung, die die Sache nicht trifft. Die Vorstellung war damals, eine realistische Einschätzung jenes reflexiven Vermögens kapitalistischer Demokratien und ihrer Sachwalter zur Selbstkonsolidierung angesichts erwartbarer Turbulenzen zu finden. Praktische Politikberatung hat weit außerhalb unseres Anspruchsniveaus und unserer Leistungsfähigkeit gelegen. Die Trauben waren uns auch teilweise zu sauer. Es ging aber um eine argumentative Zweifronten-Auseinandersetzung: auf der einen Seite die Auseinandersetzung mit einem saturierten und gedankenlosen politikwissenschaftlichen und ökonomischen *mainstream*, der behauptete, wie leben ohnehin in der besten aller Welten und es bedürfte keiner Reflexionsleistung im Sinne der Selbstbeobachtung, der Selbstkontrolle und der Selbstkonsolidierung; und auf der anderen Seite diejenigen, die im Kielwasser der damals aufkommenden Neo-Orthodoxie die

Überzeugung vertraten, es gebe eine Menge von Problemen, aber keine Lösungen außerhalb von "Zusammenbruch" und "Revolution". Dazwischen haben wir eine realistische Einschätzung zu finden versucht. Trotz gewisser Kontroversen hat sich bei Habermas und bei mir die Überzeugung gebildet, daß die Fragen der Legitimität politischer Herrschaft, also ob das politische System das Mandat zur durchaus möglichen Konsolidierung erhält und behält, oder ob diese an der Stärke ökonomischer Interessen (oder auch an der Schwäche moralischer Prinzipien) scheitert, die wohl brisanteste Frage ist. Diese Problematik haben wir in den Schriften von 1972 und 1973 zu modellieren versucht, auch z. B. in der von mir durchgeführten Fallstudie über die Berufsbildungsreform, die ja auch zeigte, daß die Gefahr besteht, daß eine subproletarische, unqualifizierte, am Arbeitsmarkt praktisch marginalisierte "underclass" entsteht. Das war damals die Fragestellung, die sich in anderer Weise ja durchaus als aktuell erwiesen hat, wie wir heute sehen.

RM: Eine Personalisierung des Problems steht mir fern. Vielmehr soll mir die 'Starnberger Geschichte' nur als Aufhänger dienen für ein ganz allgemeines Problem, das sich in der Behauptung artikuliert, "zivile Korrekturen" am System würden eher systemoptimierend als systemsprengend wirken. Viele Gegenmaßnahmen, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten im Namen der Vernunft, der Freiheit oder der Emanzipation ergriffen wurden, haben nur die Verhältnisse verschlimmert, die Macht des Gegners gestärkt und seine Kräfte maximiert. Gerade am Schicksal vieler Ideen der Studentenbewegung, auch der sozialen Bewegungen läßt sich die Plausibilität dieser Behauptungen belegen und sicherlich nicht ganz abstreiten. Viele Großunternehmen beschäftigen heute kritische Philosophen, die ihnen die blinden Flecke ihres Systems zeigen.

CO: Welche Korrekturen? Ich kann mit einem Teil der Ausdrücke, die sie im Munde führen, nicht viel anfangen. Was z. B. die Beschreibung von Großunternehmen angeht, so muß man heute mit einem politischen Spektrum in den Führungspositionen rechnen, das gegenüber einem Kommunalparlament vielleicht eher linksverschoben ist. Das Problembewußtsein, das unter dem Druck von außen, dem Druck der Öffentlichkeit und der sozialen Bewegungen eingesickert ist, und sich jetzt dort vor allem in Hinsicht auf die ökologischen Dilemmata gebildet hat, ist durchaus bemerkenswert und als Erfolgsindikator sozialer Bewegungen zu werten. Ganze arbeitsrechtliche Zeitschriften beschäftigen sich gegenwärtig mit der Kontrolle von "sexual harassment" am Arbeitsplatz. Ohne Feminismus wäre dieser Zugang zur Thematisierung von Dingen, die vor 30 Jahren noch außerhalb der Aufmerksamkeit jeder Personalabteilung gelegen haben, undenkbar. Wir haben es hier mit einer Überlastung nicht nur der politischen, sondern auch der ökonomischen Eliten mit Ansprüchen, Forderungen und Prinzipien zu tun, denen sie oft nicht gewachsen sind und vor denen sie sich blamieren. Das ist doch ein begrüßenswerter Vorgang. In Fragen der Ökologie, der Dritten Welt oder der Lieferung von Rüstungsgütern gilt dasselbe. Diese Auffassung von einer eindimensionalen Welt, in der alle normativen Brüche systemkonform beige spachtelt sind, kann ich weder auf der Ebene der Medien noch auf der Ebene der realen, sozialen und ökonomischen Auseinandersetzung teilen.

RM: Ihre Geschichte der Widerstandsformen? So mancher bezweifelt ja, ob sich eine solche Geschichte überhaupt noch erzählen läßt? Sie wählen dafür die Metapher der "großen Monade" (J. F. Lyotard), um das kapitalistische System zu beschreiben, welches sich unablässig mit Kritik und radikalen Programmen performativ steigert und darüber menschliche Ressourcen totalmobilisiert.

CO: Die Geschichte mit der Monade halte ich für dummes Zeug. Der sozialökonomische und politische Prozeß, in dem wir leben, brütet Akteure aus, die sich gegen die Folgen dieses

Prozesses zur Wehr setzen und sie zum Thema machen. Nehmen wir noch ein anderes Beispiel. Drogenpolitik und die Interpretation der Drogenrealität, in der wir leben, ist ein Thema der gesamten Bevölkerung zwischen vierzehn und vierundachtzig Jahren. Die Irritationen, die Ratlosigkeit und die Wahrnehmung der gigantischen, nicht nur materiellen und physischen Schäden wirkt so herausfordernd und mobilisierend, daß 99 Prozent der Politikerreden, die dazu gehalten werden, sich dem Verdikt der Inkompetenz und Unseriosität aussetzen. Das wissen die Politiker.

Die Politik befindet sich in einem Legitimationsnotstand

RM: Anfang der 80er Jahre machte das Schlagwort vom "Ende des Politischen" die Runde. Nach dem Mega-Crash des Sozialismus wird vielen klar, daß diese These im Dunstkreis des Kalten Krieges formuliert worden ist. Aus den Trümmern der alten, binär codierten Weltordnung scheint nun am Horizont das bereits für verschwunden erklärte Politische erneut wiederaufzutauchen. Noch ist nicht genau auszumachen, welche Konturen es nach der Delegitimierung politischer Ideen und nach dem Zusammenbruch der zweiwertigen Welt haben wird. O. Negt und A. Kluge sprechen beispielsweise von der Notwendigkeit der Entwicklung einer "autonomen Politik"; U. Beck dagegen von einer Politik, die jetzt ohne Feind auskommen muß.

Könnten Sie ein Spektrum von Möglichkeiten angeben, in denen das Politische seine Wiederauferstehung feiern könnte?

CO: Was man dazu sagen kann, ist vielleicht dieses: "Legitimationskrise" ist überhaupt kein hinreichend starker Ausdruck mehr für die heute allorts sichtbare Massenerfahrung politischer Entfremdung. Diese setzt sich aus zwei Komponenten zusammen, nämlich (a) aus der Erfahrung, daß die Politik der Kontrolle durch die Bevölkerung weitgehend entzogen ist; und (b) ihr Handeln von dieser Bevölkerung nicht mehr als zweckmäßig sinnvoll, verantwortlich, gar zukunftsweisend, vielfach statt dessen als absurd wiedererkannt wird. Die Folge davon ist u.a. die schroffe und gekonnte Verächtlichmachung der sogenannten "politischen Klasse" aus der Feder der vormals staatstragenden Intellektuellen selbst - nehmen Sie nur Herrn Scheuch. Diese populistische Kurzschtaltung, die Verächtlichmachung des Parteiensystems, der politischen Repräsentation, der Gewaltenteilung usw. begegnen uns als Phänomene eines interessierten politischen Zynismus massenhaft. So etwa auch bei N. Luhmann, der alles lächlich findet, was da an Politik stattfindet. Demgegenüber hat es die "politische Klasse" heute schwer, auch mit dem einheitsstiftenden, aber eher peinlichen Versuch des Bundespräsidenten, eine Demonstration anzuzetteln. Da hat die CSU leider recht. Solche symbolische Formen des von oben bestellten Protests eignen sich nicht, um einen nationalen Notstand wieder glattzubügeln. Die Organe politischer Herrschaft befinden sich - mit mehr oder minder heftigem Mitgefühl gesprochen - in einem Notstand. Die Belagerung der Politik durch die Öffentlichkeit, von der Habermas spricht, ist komplett und die Häme, mit der sich die öffentlich-rechtlichen Medien über das neue Bundestagsgebäude hermachen, oder die Konfusion, die in der Berlin-Bonn Rivalität - wirklich ein drittklassiges Problem - ausgebrochen ist, spricht Bände darüber, wie die bestehenden Formen politischer Repräsentation und Herrschaft in einem ganz unerwartenden Ausmaß notleidend geworden sind.

RM: Diese Dilemmata politischer Herrschaft stürzt gegenwärtig auch die aktuelle politische Theorie in Begründungszwänge. Sie behilft sich in der Krise durch Anleihen bei den Klassikern der Demokratie, wie z. B. Montesquieu, Tocqueville und Rousseau. Diese werden

re-interpretiert und gegen die Renaissance traditioneller Feinddenker wie N. Machiavelli und C. Schmitt in Stellung zu bringen versucht.

Ist dieser Rückgriff auf die Vergangenheit ein geeignetes Mittel, um den aktuellen Notstand der Politik bewältigen zu helfen?

CO: Auf Seiten der Linken und der theoretisch interessierten Intelligenz gibt es sicher eine wiederkehrende Besinnung auf die Grundlagen der Politischen Theorie. Erst seit neuestem gibt es im Anschluß an die angelsächsische Tradition in der Bundesrepublik Demokratietheorie auf einem seriösen Niveau und ohne denkfaule Anleihen bei den feststehenden Tatsachen des Systemgegensatzes und des Kalten Krieges. Bis Ende der 60er Jahre glaubte man mit geborgten Selbstverständlichkeiten schlichtester Sorte auszukommen. Politische Theorie war ein Rezeptbuch für die politische Bildung auf der Basis des Systemgegensatzes. Damit kommen wir nicht mehr aus. Jetzt müssen wir moralisch, ökonomisch und militärisch nicht mehr bloß "besser sein" (was wir im Kalten Krieg ohne weiteres reklamieren konnten), wir müssen jetzt auch "gut" sein. Wir müssen überzeugende Regeln und Praktiken finden, die als Gegenstand eines von Habermas so genannten "Verfassungspatriotismus" in Betracht kommen. Die Suche danach beseelt viele und trifft auch auf offene Ohren. "Demokratie", scheinbar alternativlos selbstverständlich und flächendeckend siegreich geworden, muß jetzt aus sich selbst heraus begründet werden, nicht mehr nur antithetisch zum "Totalitarismus". Es gibt jetzt eine sehr grundsätzliche Selbstprüfung des liberalen Denkens; es gibt die Rückkehr zu einer Doktrin, für die es nicht einmal einen deutschen Namen gibt, "civic republicanism"; es gibt kommunitaristische Ansätze; und es gibt Anleihen bei Aristoteles, wie sie offensichtlich O. Negt macht - überall geht es um die Möglichkeit der Reaktivierung der "moralischen Ressourcen des politischen Gemeinwesens". Die Sorge um diese Fragen hat das Theorieleben in der Bundesrepublik wohl etwas aus dem Schlaf gerissen. Die Aneignung der politischen Ideengeschichte der Neuzeit seit Machiavelli und unter Einschluß desselben, aber auch die kritische Auseinandersetzung mit den vielfältigen Fernwirkungen C. Schmitts, auch die kritische Aneignung der Demokratietheorie der Weimarer Republik sind begrüßenswerte Beispiele für einen florierenden Zweig innerhalb der internationalen Diskussionen.

RM: Sie haben oben den Begriff des "Verfassungspatriotismus" erwähnt. An anderer Stelle haben Sie sogar von der Notwendigkeit einer "Zivilreligion" gesprochen, allen kommunitaristischen Auffassungen jedoch eine Absage erteilt. Beide "Vergemeinschaftungsformen" bedürfen aber energetischer Dispositive, d.h. sie bedürfen des Engagements und der Parteinahme seitens der Bürger. Zu beobachten ist aber eher ein Erstarren und Erkalten kollektiver und historischer Leidenschaften. Weder der Vereinigungsprozeß noch der 'Fluchtweg' Europa rufen derzeit Begeisterungstürme in der Bevölkerung hervor.

Sehen Sie einen Weg, wie erstarrte und erkaltete Leidenschaften wiederbelebt und im politischen Kampf eingesetzt werden könnten? Oder finden Sie es ganz gut, wenn sich die Leute von hochtrabenden politischen Ideen nicht mehr affizieren lassen und Politik aus ihrem Herzen heraus formulieren?

CO: Verfassungspatriotismus meint natürlich die gelungene, für die vereinigte Bundesrepublik noch ausstehende Wendung zu den Prinzipien der westlichen Demokratie. Er ist der Gegenbegriff zu einem "nationalen" Patriotismus. Dieses letzte Kriterium der Legitimität muß von der Eigenschaft des "Deutschseins" auf die Zugehörigkeit zu einer demokratischen Republik umgestellt werden, wie es mit nationalen Nuancen eben auch die

anderen westeuropäischen Länder sind. Welche Leidenschaften dadurch entfacht werden könnten, möchte ich vielleicht so beantworten: wenn es Leidenschaften sind, dann sehr sublimierte, die in ihrem Verpflichtungs- und Mobilisierungspotential beruhigenderweise sehr begrenzt sind, die aber politisch sehr wohl dann eingesetzt werden können, wenn es Schandbarkeiten wie die in Rostock in Zukunft zu verhindern gilt.

Der Vergleich zwischen dem Herbst 1977 und der Rostocker Randalie 1992 ist instruktiv. Die gesamte "politische Klasse" redet heute von Schande und davon, daß sie sich schämen. Sie soll sich aber nicht schämen - das ist sowieso nur fürs Ausland gedacht -, sie soll etwas Geeignetes tun. Und wenn es die gewohnten und wohl eingeführten Mittel der staatlichen Repression gibt, dann fragt man sich doch, warum dieses staatliche Gewaltmonopol - eine sehr humane Einrichtung, was die Linke zum Teil noch nachzulernen hat - auf verschiedenen Straßen der Republik nicht zu bemerken war.

RM: Gegen Luhmanns abgespeckten, von jedem normativen Gehalt gereinigten Demokratiebegriff plädieren Sie für einen emphatischeren Demokratiebegriff.

Auch wenn mir Ihre Einwände gegen Luhmanns "höhere Amoralität" durchaus eingeleuchtet haben und ich sie auch wohl begründet finde, legt die Beobachtung gegenwärtig betriebener Politiken hier oder auch anderswo die Vorzüge einer inhaltlich leeren, rein funktionalen und re-präsentationslosen Demokratie nahe. Die Frage ist nur, ob es sich bei Luhmanns Vorstellungen nicht auch um eine kaum zu realisierende Utopie handelt, weil es die Menschen allem Anschein nach - wie aktuelle Kampfbewegungen zeigen - in einer von Idealen und Normen gereinigten Welt nicht aushalten?

CO: Dazu vielleicht ein kleiner Exkurs zu dem Wort "Anstand". M. Weber subsumiert darunter Vorstellungen von Zivilisiertheit, Diszipliniertheit, Affektkontrolle und Verantwortung, einer sublimierten Art von "Leidenschaft", die durch den Gegenbegriff "Augenmaß", also durch die Fähigkeit, die Dinge im richtigen Zusammenhang und in der richtigen Zeitperspektive zu sehen, konterkariert wird. Nun hat Johannes Rau, der nordrhein-westfälische Ministerpräsident, im Hinblick auf irgendwelche Korruptionsangelegenheiten auf der Bonner Bühne, in einem Landtagswahlkampf gesagt, er wolle "den Anstand wahren". N. Luhmann, durch eine besondere Empfindlichkeit in dieser Hinsicht ausgezeichnet, reagiert darauf mit den Worten, man solle nicht den Anstand wahren, sondern zu Leuten, die den Anstand wahren wollen, den "Abstand". Dieses hübsche Wortspiel läßt erkennen, daß man gut ankommt, wenn man so tut, als ob es Regeln zivilisatorischer Minima im öffentlichen Verhalten nicht gebe und daß sie ins Belieben gestellt, jedenfalls nicht normierbar seien.

Tatsache aber ist, daß es sie sehr wohl gibt und daß jeder bemerkt, wenn ein Zustand eingetreten ist, in dem sie außer Kurs geraten sind. Das ist ja kein idealistischer Höhenflug. Jeder Passant wird dem leicht zustimmen bzw. Leute, die dem nicht zustimmen, werden ohne weiteres als Sonderlinge gewertet. Die mutwillige Beeinträchtigung von Gesundheit und Menschenleben ist eine Unerhörtheit, und das Ausleben von Haßenergien gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen ein Verstoß gegen die Grundlagen politischer Zivilisiertheit.

Luhmann wäre natürlich der letzte, der das bestreiten würde. Nur ist er von dem moralischen Getue genervt, das von einigen Intellektuellen in der öffentlichen Szene veranstaltet wird. Diese Haltung kann man ein Stück weit nachvollziehen. Er übertreibt sie aber. Für die Phänomene ziviler Gesittung, die ich gerade beschrieben habe, hat er aber keine Kategorien.

RM: Diese Warnung Luhmanns geschieht insbesondere vor dem Hintergrund übertriebener politischer Hoffnungen auf und Erwartungen an Partizipation und Legitimität, wie sie sich nach wie vor im kritischen Diskurs finden. Auf derartige überzogene Hoffnungen, deren Nichterfüllung unweigerlich in große Enttäuschungen umschlagen, will er uns aufmerksam machen.

CO: Deswegen ist ein abgespekter, ernüchterter, von scheinrevolutionären Ambitionen ebenso Abstand nehmender wie von nationalen Leidenschaften gereinigter "Verfassungspatriotismus" am besten geeignet, sowohl das zivile Minimum der selbstverständlich anerkannten Bürgerrechte zu schützen und zu sanktionieren, wie auch vor Enttäuschungen höher gesteckter Ziele zu bewahren. Mir scheint das eine plausible Konstruktion. Natürlich muß man, um genau jene zuverlässigen Abwehrkräfte des Verfassungspatriotismus aufbieten zu können, etwas vor sich haben, dem man auch mit der Einstellung des "Patriotismus" gegenüber treten kann. Diese opportunistischen Basteleien an allen möglichen Ecken nicht nur des Verfassungsrechts, sondern auch des Sozialrechts, des Arbeitsrechts, des Asylrechts und des Steuerrechts sind etwas, was sich zum Gegenstand verfassungspatriotischer Affekte nicht gut eignet. Zwischen einer nur scheinhaften Luhmannschen normativen Ahnungslosigkeit und irgendwelchen gesinnungsstarken Sprüchen in irgendwelchen Poesiealben kann man einen Mittelweg ausmachen, den man doch eigentlich kaum verfehlen kann.

Wir leben nicht mehr im Hobbesschen Naturzustand

RM: Die Moderne speiste ihre Perfektibilisierungsansprüche u. a. auch aus einem Mythos des Sozialen. Gemeint war weniger die Annahme eines unhintergehbaren Grundes im Sinne des Schwarzwaldphilosophen Heidegger, als vielmehr die Idee einer transparenten Lebensgemeinschaft, in der in einem "Kampf um Anerkennung" ein "Ich Wir und ein Wir Ich wird" (Hegel). Am Ausgang der Moderne stehen wir vor dem Scherbenhaufen dieser großen Erzählung. Das Soziale zeigt sich dem Beobachter hochmoderner Gesellschaften auf der Ebene der second order cybernetics als eine Vielzahl kleiner, unbedeutender Geschichten, die sich in einen nach allen Seiten hin offenen Raum perspektisch zerstreuen. Die in viele singuläre Interaktionsereignisse zerfallene soziale Welt erscheint diesem Beobachter wie ein Konglomerat, das sich aus unendlich vielen Gassen, Winkeln und Plätzen zusammensetzt und von einer ebenso unzähligen Menge von Wegen, Schluchten oder Wegschneisen durchzogen wird. Die heute relevante Frage nach dem Sozialen bestünde mit Wittgenstein gesprochen vielleicht darin, mit wieviel Häusern oder Straßen eine Stadt anfängt, eine Stadt zu sein bzw. zu werden.

Was wäre unter den von mir genannten Bedingungen heute für Sie ein "soziales Verhältnis", eine "soziale Beziehung" oder ein "sozialer Vertrag"? Gibt es noch einen "Gebrauchswert des Sozialen", der die Achtung des Anderen zuläßt und keine kollektive Verwaltung von Menschen anstrebt?

CO: Ich muß mir das, was Sie da sagen, immer in Sphären übersetzen, in denen ich mich auskenne oder über die ich überhaupt etwas formulieren kann. "Sozial" hat immer mit Handlungskoordination zu tun. Man möchte etwas Bestimmtes kaufen, und genau das ist auch im Laden zu haben; man möchte jemandem etwas beibringen und es ist jemand da, der das lernen möchte; es gibt Verkehrsregeln, und die werden statistisch ganz überwiegend eingehalten. Das alles sind Beispiele für Handlungskoordination, die einen enormen Gebrauchswert hat, weil sie Zuverlässigkeit schafft. Das sind sämtlich Anzeichen dafür, daß wir keineswegs im Hobbesschen Naturzustand leben - oder meinetwegen in Ihrer Welt

"singulärer Interaktionsereignisse". Das ist die Grundlage dafür, ohne ständige beklemmende Angst eine soziale Existenz zu führen. Die ganze postmoderne Sichtweise der sozialen Verhältnisse kann ja nicht wirklich leugnen, daß es solche elementaren und essentiellen Koordinationen gibt, und zwar auch in den unwahrscheinlichsten Bereichen, wie etwa im Bereich der ästhetischen Produktion zwischen Kritik, Publikum und Produzenten oder der wissenschaftlichen Produktion: Jemand schreibt etwas auf und es gibt ein Verständigungssystem, das dazu führt, daß Leute es nicht nur lesen, sondern es auch in die zukünftige Erörterung dieses Gegenstandes aufgenommen wird. Das sind alles Beispiele für den "Gebrauchswert des Sozialen": die Regelmäßigkeit, Voraussagbarkeit und Innovationsfähigkeit: man kann neue Handlungen initiieren, die es vorher nicht gegeben hat und sie laufen ab, ohne mangels Reziprozität zu Boden zu fallen und zu versanden. Bei solchen Koordinationen und Reziprozitäten handelt es sich insofern um prekäre Dinge, als wir immer wieder Erscheinungen begegnen, wo die Handlungskoordination mißlingt, der Markt oder die Politik nicht zum Ausgleich führt, wie z.B. Kriminalität, Drogen, das Versagen von Friedensregelungen und Friedenspflichten im internationalen System oder Arbeitslosigkeit - es gibt viele Leute, die gern arbeiten würden, aber niemand möchte sie beschäftigen - , oder die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern, die so gestört sein können, daß sie keinerlei wechselseitige Anerkennung mehr aufweisen. Das sind Beispiele, die regelmäßig - und zwar beiderseits - als etwas aufgefaßt und erfahren werden, das von der Normalität abweicht und tunlichst wieder in eine Form der Reziprozität überführt werden sollte. Die Mittel, mit denen wir das können, sind oft nicht zur Hand und auch nicht bekannt. Aber die Vorstellung, daß das Soziale als eine im eben erläuterten Sinne funktionierende Handlungskoordination im Rahmen einer insofern well-ordered society ein hoher Wert ist - Kooperation, die Fähigkeit zum *role-taking* oder zu *compassion*, die Bereitschaft, die Erwartung des anderen herauszufinden - , die teilt im Grunde jeder Passant, obwohl er es nicht so ausdrücken würde.

Das Unglück tritt erst ein, wenn solche Reziprozität massenhaft und in bedrohlicher Weise fehlt. An diese Selbstverständlichkeit kann man mit soziologischen Blick herangehen und sich fragen: Wo wird Handlungskoordination unterbrochen? Wo funktioniert sie nicht mehr? Wo wirkt sie umgekehrt zwanghaft und zerstört sich selbst?

Die beiden Bilder, die uns unsere Zeitdiagnostiker von unserer Gesellschaft liefern, sind vollkommen widersprüchlich. Auf der einen Seite haben wir Bilder, die sagen: alles zerrieselt und zerkrümelt, alles wird individuell, differenziert sich und fügt sich keiner allgemeinen Regel; überall gibt es lokale und kurzlebige Spiele, die aus unbekanntem Gründen abbrechen und wieder neu einsetzen, und jeder inszeniert und sozialisiert sich selbst. Auf der anderen Seite finden wir Neuauflagen der Thesen von Kulturindustrie und totaler Gleichschaltung. Alle bewegen sich im Gleichschritt und sind auf die Reproduktion des ewig Gleichen programmiert. Das Verhältnis dieser beiden vollkommen konträren Thesen ist nicht geklärt. Vielleicht kann man sagen: Einerseits gibt es eine weitreichende Desorientierung von Bindungen, auch organisatorischer Repräsentationen oder kollektivbildender Verpflichtungen; andererseits gibt es aber gleichwohl kulturelle Selbstverständlichkeiten und zivilisatorische Minima, die durchaus auch von der Massenkultur transportiert und als unauffällige Erinnerungstützen mitgeführt werden. Die Massenkultur, etwa des Films, der populären Musik, aber auch der blitzschnell ins Werbedesign übergehenden künstlerischen Avantgarde, besitzt etwas Standardsetzendes. Jeder Zwölfjährige weiß heute, ob der Stil, sei es der Bekleidungsstil, sei es der Musikgeschmack, sei es das Sprachverhalten und Verkehrsverhalten, in dem ihm ein anderer Zwölfjähriger gegenübertritt, "stimmt" oder nicht. Die sozialen Muster, die hier laufend wieder neu aufgebaut und verbindlich gemacht werden, haben doch eine erhebliche Kraft, so daß die Atomisierungsthese bestenfalls nur eine Seite der Sache trifft. Die standardsetzende und gedächtnisstützende, in dem Sinne "kritische"

Funktion der sogenannten Kulturindustrie, die ja keineswegs die Leute nur gleichschaltet, sondern sie mit einem Repertoire von normativen Ansprüchen und Erwartungen versorgt, war mir vor der Beschäftigung mit kultursoziologischen Fragen auch nicht recht klar. Ich denke, daß man da heute eine weniger pessimistische Position einnehmen kann, als sie in Frankfurt seinerzeit üblich gewesen ist.

RM: Den Sozialwissenschaften ordnen Sie immer noch eine "kritische Funktion" zu. Genau diese ist aber heute in Verruf gekommen. Traditionelle Kategorien, Kriterien oder Maßstäbe, nach denen ge- und beurteilt werden kann, beginnen zu purzeln. Was übrig bleibt sind verschiedene Formen und Techniken der (nicht-positiven) Affirmation.

Welchen Stellenwert hat heute noch Kritik für Sie? Von welchem Ort aus kann sie sprechen? Worauf kann sie sich noch berufen, woran sich noch messen, wenn es keine transzendentalen oder metaphysischen Beobachterstandpunkte der ersten Kategorie mehr gibt und die Maßstäbe und Grundlagen dafür offensichtlich implodiert sind.

CO: Das Merkmal jeder Kritik, obwohl es manchmal als bloßer Spezialfall von Kritik behandelt wird, ist ihre Immanenz, d.h. ihr Bemühen, den Dingen nicht von außen Urteile oder Grenzen zuzuschreiben und sie unter extern erzeugte Verdikte zu stellen. Geschmacksurteile vom Typus "mir paßt das nicht" sind das Gegenteil von Kritik. Sie können keinen Grund angeben, warum andere, gegen die sich das Geschmacksurteil richtet, es sollten akzeptieren können. Eine Kritik ist eine Aussage, die Begründungen derart enthält, die dem Kritisierten zugänglich und im Idealfall einleuchtend und akzeptabel sind. Kritik reflektiert nur eine im Gegenstand bereits vorhandene Selbstkritik oder zumindest die aktivierbare Disposition zu einer solchen. Also geht jede Kritik davon aus, daß die Adressaten der Kritik das Vermögen zur Selbstkritik nicht verloren haben.

Ein Gedanke, den ich gelegentlich verfolge (oder umgekehrt) ist der, daß alle Personen und organisierten Akteure so etwas wie mehrere Willensebenen und Präferenzen haben. Sie tun, was sie tun und gleichzeitig haben sie ein Urteil darüber, ob sie das wirklich tun wollen, was sie tun, d.h. ob sie der sein möchten, der zu sein sie durch ihr tatsächliches Handeln zu erkennen geben. Diese Fähigkeit zur evaluativen Selbstbeobachtung - ein etwas gewundener neumodischer Ausdruck für Gewissen - muß bei allen menschlichen Akteuren unterstellt werden.

Um auf Ihre Frage zurückzukommen. Soziologisches Wissen macht Zusammenhänge über Versagen oder Gelingen von Handlungskoordination deutlich, und diese Aussagen sind dann als Gegenstände der Selbstprüfung verfügbar. Nicht alle Sachverhalte, mit denen sich die empirische und theoretische Sozialforschung befaßt, eignen sich für die Provokation von Selbstprüfungen. Aber viele tun es eben doch. Und das ist dann auch schon alles.

Zerstörerische Potentiale binden - aber wie?

RM: Zwischen Modernisierungsfanatikern und Modernisierungsskeptikern beziehen Sie eine vermittelnde Position. Sie plädieren auf der einen Seite für pragmatische Lösungen, die wiederum nur in der Ermittlung und Auskundschaftung der Spielräume, die sich innerhalb der beschleunigten Modernisierung selbst ergeben, erfolgen können. Auf der anderen Seite plädieren Sie für eine Verlangsamung, ja sogar für ein Moratorium des Projekts der Moderne, was Tempo und Richtung angeht, um Zeit für ein Umsteigen und ein Herumwerfen des Steuers zu gewinnen.

Gibt es diese Spielräume überhaupt noch? Schreitet die Modernisierung nicht unaufhörlich und unnachgiebig voran? Überall werden doch die Schlagzahlen und Frequenzen erhöht, sei es bei Maschinenlaufzeiten, bei Fernsehbildern oder im wissenschaftlichen Diskurs. Auch den meisten Völkern dieses Erdballs, denken wir nur an China oder Indien, geht es nur darum, so schnell wie möglich "Westniveau" zu erreichen. Welche realen Erwartungen kann hier eine Strategie wie "reflexive Modernisierung" wecken, die mit der Zielrichtung einer "anderen Moderne" antritt?

CO: Das Verfügbarmachen für evaluative Selbstbeobachtung und Selbstprüfung - also der Prozeß, den ich eben erwähnt habe - ist natürlich sehr szientifisch verfremdet. Er braucht bestimmt auch keine voraussagbaren Verhaltensreaktionen, gar "Besserungen" zu erzeugen. Aber doch eine heilsame Bedenklichkeit. Diese ist mit Blick auf die vorhin diskutierten Legitimationsnotstände unserer politischen Eliten auch reichlich erzeugt worden. Die Metapher für diesen Prozeß ist immer noch die von Odysseus, der sich an den Mast fesseln läßt und dadurch sich selbst bindet. Unsere Verfassungen sind das beste Beispiel für Selbstbindungen. Es handelt sich hier oft um gelungene Fälle von Selbstkorrektur. Unter "reflexiver Modernisierung" versteht man, wenn überhaupt etwas (ich kann da nur für mich reden, nicht für die Schwabinger Zeitdiagnosen aus der Feder Ulrich Becks), eine solche Selbstkritik und Selbstkorrektur.

Selbst in den ärmsten Entwicklungsländern gibt es ein hochentwickeltes und international leicht transferierbares Wissen über den Zusammenhang von Armut und Ökologie, von Naturkatastrophen und Bevölkerungswachstum, Religion, Ernährung und Ressourcennutzung, Siedlungs- und Wanderungsverhalten und Urbanisierung; es gibt eine Kenntnis ökonomischer, soziologischer und historischer Art, der gegenüber die entsprechenden Prozesse der Entwicklung und Modernisierung im Westen ganz unschuldig waren. D.h. alle Modernisierungsprozesse stehen unter diesen selbst aus der Modernität moderner Gesellschaften hervorgegangenen Vorbehalten und dem Wissen, daß auch etwas schiefgehen kann und daß man sehr viele Ursachen, aus denen etwas schiefgehen kann, kennt.

RM: Nun gehören aber gerade Selbstbeschränkung, Mäßigung und "Selbstkontrolle" zum Paradigma der Moderne. Freiheit und Emanzipation gingen immer schon einher mit Strategien der Selbsteingrenzung und des intelligenten Selbstverzichts. Selbstbeschränkung hat geradezu am Fortschritt und damit an der Verschlimmerung der Verhältnisse mitgewirkt. Gerade die Verlangsamung, also der Versuch, Bremsen einzubauen, hat eher beschleunigend gewirkt.

CO: Das ist richtig und ärgerlich zugleich, schließt aber Selbstbindungen der zweiten Stufe nicht aus. Nicht nur die Bremsen im Einzelfall erlauben, ein Auto schnell von Hundert auf Null zu bringen, sondern soziale, ökonomische, rechtliche oder auch städtebauliche Bremsen erlauben auch eine Drosselung des Autoverkehrs oder ermöglichen verkehrsberuhigende oder Alternativen erschließende Maßnahmen. Was die Aufwärtsbewegung, die im Medien- und Programmangebot zu beobachten ist und die sicherlich gelegentlich verheerenden Effekte, die das hat, angeht, so liegt es auch hier durchaus im Bereich des politisch Entscheidbaren, ob das so weitergehen soll oder nicht. Auch hier gibt es ja durchaus Vorstellungen, daß es eine parasitäre Überproduktion gibt, deren Grenznutzen unzweideutig negativ ist. Wenn das so ist, kann man jetzt - jedenfalls noch - hier Weichen entsprechend stellen, und es gibt genug Leute in der medienpolitischen Landschaft, die sich das zutrauen.

Damit will ich nur sagen. Alle diese Maßnahmen liegen im Bereich des politisch Entscheidbaren. Dieses magische und gebannte Starren auf die Exponentialfunktion - alles

wächst immer schneller - ist eine ungute und unintelligente Einstellung. Es ist überall möglich - obwohl nicht einfach -, Stoppregeln einzuführen und intelligente Selbstbeschränkung zu praktizieren und jedenfalls mittelfristig die Mittel dafür verfügbar zu machen. In der Ökologie und im internationalen System sind nicht ganz aussichtslose, wenn auch keineswegs euphorisierende Ansätze dazu da.

RM: Nach Einschätzung von Ulrich Beck erleben wir "eine bis zur Denkhemmung irritierende Zeit. Wer für diese Zeit eine Erklärung hat, ist verdächtig."

Auch wenn Sie an der Weigerung expliziter Aussagen über die Zukunft festhalten werden, würde ich Sie dennoch gerne fragen, ob Sie dieser Zeitdiagnose zustimmen können? Ich frage das, weil Sie einer künftigen soziologischen Theoriebildung zur Aufgabe gemacht haben, diejenigen Prinzipien zu formulieren, die die Struktur, die Integration bzw. die Konflikte einer Gesellschaft prägen, ihre objektive Entwicklung steuern und ihr Bild von sich selbst und der eigenen Zukunft regieren.

CO: U. Beck hat manchmal etwas mehr sprachliche Einfälle als durchgearbeitete Gedanken, wie ich ihm mit allem Respekt zuschlechte halten möchte. In dieser Formulierung begeht er natürlich einen performativen Selbstwiderspruch. Er gibt die Diagnose ab, daß Diagnostiker unverantwortlich handeln werden. Auch die Aussage, daß wir in einer Zeit leben, die so beschaffen ist, daß ein Reden über diese Zeit illegitim ist, ist eine Diagnose und müßte nach dem logischen Modell "Alle Kreter lügen" ebenso illegitim sein.

Natürlich ist die Zukunft offen. Natürlich sind wir, nicht zuletzt durch 1989, von Vorstellungen evolutionärer Gesetzmäßigkeit und sich zuspitzender Widersprüchen weit abgekommen. Bisher hat man immer angenommen - und die Annahme hat sich auch bestätigt - , daß zukünftige Realitäten eine Teilmenge gewußter gegenwärtiger Möglichkeiten sind. Aber die Wirklichkeit von und nach 1989 liegt überraschenderweise außerhalb des Raumes, der noch 1989 für möglich gehalten wurde. Das ist die lehrreiche Erfahrung eines historischen Bruches.

Dennoch hat das Problem der intelligenten, vorausschauenden und verantwortlichen Drosselung und Kontrolle, teilweise auch der militanten Unterbrechung zerstörerischer Tendenzen, weiter Bestand und alle Welt beschäftigt sich mit der Frage: Wie kann man zerstörerische Potentiale unter Kontrolle bringen?

RM: Wer aber kann dies machen? Wer soll das machen? Und wie kann es gemacht werden? Im System bzw. in den Systemen sind keine Stoppregeln eingebaut. Von allen bisher bekannten und bewährten Steuerungsinstrumenten kommt wohl nur der Leviathan, der meinem Dafürhalten nach hinter allen Strategien zur "reflexiven Modernisierung" steckt, in Betracht. Aber auch der verwickelt sich zunehmend in Handlungsunfähigkeit und taugt allenfalls noch zu so dekomponierenden Charakteristika wie "ironischer Staat" (H. Willke) oder "persuasiver Staat" (C. Leggewie).

CO: Keineswegs. Sicherlich auch durch die demokratische Öffentlichkeit. Ob diese Bindung zerstörerischer Qualitäten über politische Steuerung, politische Öffentlichkeiten oder politische Konflikte verläuft, muß man im Einzelfall sehen. Beim Problem der evaluativen Selbstkontrolle bleibt offen, wer in der geeignetsten Position ist, aus dieser Selbstbeobachtung die richtigen Handlungen zu folgern. Daß es nur politische Eliten oder nur außer-institutionell agierende Massen sein sollten, das ist höchst unwahrscheinlich. Möglicherweise eine

komplexe *ad-hoc*-Allianz zwischen beiden, aber sicherlich nicht vom Typus der Demonstration vom 8. November.

RM: Erlauben Sie mir zum Schluß noch einen Satz zu Rolle des Intellektuellen: Wie kann er sich, in Anspielung auf U. Beck, "verdächtig" machen? Kann er noch "Störenfried" und "Spielverderber" sein wie bei W. Benjamin?

CO: Verdächtig handelt er, wenn er unverantwortlich redet und sich dem Verdacht aussetzt, eben dem "wishful thinking" statt dem "thoughtful wishing" Vorschub zu leisten. Das ist im operativen Einzelfall eigentlich meistens leicht festzustellen, weil Unehrlichkeit und ein Mangel an Gewissenhaftigkeit klar zutage treten und als solche auch erkannt und sanktioniert werden können in dem System von Kommunikationsregeln, in dem wir nun einmal leben.

Verwendete Literatur von Claus Offe:

- Technik und Eindimensionalität - Eine Version der Technokratie-These, in: J. Habermas (Hg.): Antworten auf Herbert Marcuse, Frankfurt/M 1968
- Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur Politischen Soziologie, Frankfurt/M 1972
- Die kritische Funktion der Sozialwissenschaften, in: WZB (Hg.): Interaktion von Wissenschaft und Politik, Frankfurt/M 1975
- Unregierbarkeit - Zur Renaissance konservativer Krisentheorien, in: J. Habermas (Hrsg.) Stichworte zu geistigen Situation der Zeit, Frankfurt/M 1979
- Die Utopie der Null-Option, in: P. Koslowski/R. Spaemann/R Löw (Hg.): Moderne oder Postmoderne, Weinheim 1986
- Demokratie und 'höhere Amoralität'. Eine Erwiderung auf N. Luhmann, in: Akademie der Künste Berlin (Hg.): Der Traum der Vernunft. Vom Elend der Aufklärung, Darmstadt/Neuwied 1986
- Wider den linken Katastrophismus, in: Stadtblatt 3/1987, Bielefeld
- Fessel und Bremse. Moralische und institutionelle Aspekte 'intelligenter Selbstbeschränkung', in: A. Honneth/Th. McCarthy/C. Offe/A. Wellmer (Hg.): Zwischenbetrachtungen - Im Prozeß der Aufklärung. J. Habermas zum 60 Geburtstag, Frankfurt 1989
- Wider scheinradikaler Gesten, in: G. Hofmann/W. A. Perger (Hg.): Die Kontroverse. Weizsäckers Parteienkritik in der Diskussion, Frankfurt/M 1992